

## Vorlage Stadtparlament

Datum	14. März 2023
Beschluss Nr.	2570
Aktenplan	152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### Einfache Anfrage Miriam Rizvi: «Russische Kohle auch in der Stadt St.Gallen?»; Beantwortung

Am 26. Dezember 2022 reichte Miriam Rizvi die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Russische Kohle auch in der Stadt St.Gallen?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind Vernetzungen mit russischen Personen und Firmen in den Fokus geraten.

Seit dem 1. Januar 2003 bildet das Bundesgesetz über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (Embargogesetz, EmbG; SR 946.231) die Grundlage, um nichtmilitärische, der Einhaltung des Völkerrechts und der Respektierung der Menschenrechte dienende Sanktionen der Organisationen der Vereinten Nationen (UNO), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder der wichtigsten Handelspartner der Schweiz durchzusetzen.

Die Zuständigkeit für den Erlass von Zwangsmassnahmen – in Form von Verordnungen – liegt beim Bundesrat. Gegenwärtig sind 25 auf das Embargogesetz abgestützte Verordnungen in Kraft. Eine davon, die Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine (SR 946.231.176.72; nachfolgend Ukraine-Verordnung genannt), wurde am 4. März 2022 in Kraft gesetzt. Gemäss Art. 6 EmbG können die zuständigen Behörden des Bundes sowie die Polizeiorgane der Kantone und Gemeinden einander und den jeweiligen Aufsichtsbehörden Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bekannt geben, soweit dies für den Vollzug dieses Gesetzes und der gestützt darauf erlassenen Verordnungen erforderlich ist. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) ist für die Kontrolle und den Vollzug eines grossen Teils der Zwangsmassnahmen zuständig.

Seit Frühling 2022 werden den Kantonen und Gemeinden vom SECO, in regelmässigen Abständen und dauernd aktualisiert, eine Sanktionsliste mit Namen von Personen und Firmen, welche unter die Verordnung fallen, zur Verfügung gestellt. Fallen im Rahmen der Behördentätigkeiten Namen auf, besteht eine Meldepflicht an das SECO. Die betroffenen Dienststellen bzw. Mitarbeitenden der Stadtverwaltung St.Gallen nehmen seit Inkraftsetzung der Ukraine-Verordnung die geforderten Prüfungen in ihren Arbeitsprozessen sorgfältig vor.

## 2 Beantwortung der Fragen

1. *War dem Stadtrat bekannt, wie eng die Verflechtungen mit russischen Wirtschaftsinteressen in der Stadt St.Gallen sind?*

Dem Stadtrat ist bekannt, dass in St.Gallen Personen russischer Staatsangehörigkeit leben und auch Unternehmen mit Wurzeln bzw. Beziehungen zu russischen Firmen beheimatet sind. Wie eingangs erwähnt, ist seit Frühling 2022 die Ukraine-Verordnung in Kraft. Seither sind die betroffenen Dienststellen (Steueramt und Grundbuchamt) verpflichtet, im Rahmen ihrer Tätigkeit die Sanktionsliste des SECO zu konsultieren und Verdachtsfälle zu melden. Die Suche resp. Kontrolle von Namen oder Namensteilen von sanktionierten Personen oder Unternehmungen ist einfach vollziehbar und wird seitens des SECO inhaltlich und technisch gut unterstützt. Allfällige Verdachtsfälle werden dem SECO gemeldet. Anspruchsvoll ist es im Rahmen des Vollzugs, allfällige bewusst verschleierte Verflechtungen zu erkennen. Komplexe internationale Konzernkonstrukte mit Sitzen in diversen Ländern, teilweise in sogenannten Offshore-Ländern, erschweren es, die Drahtziehenden solcher Firmen zu erkennen. Russische Personen und Firmen stehen jedoch nicht unter Generalverdacht und werden somit nicht in irgendeiner Art überwacht.

Über die in der Berichterstattung erwähnte Firma SUEK ist die gesamte Historie im Handelsregister des Kantons St.Gallen einsehbar. Die Ansiedelung erfolgte in den Nullerjahren und die Löschung resp. der Wegzug im Jahr 2020, also vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine.

2. *Wie beurteilt der Stadtrat diese Verflechtungen im Hinblick auf den Ruf und die Aussenwirkung der Stadt?*

Der Ruf einer Stadt ist dann in Gefahr, wenn sie die gesetzlich auferlegten Aufgaben nicht oder fahrlässig erfüllt oder wenn sie moralisch verwerfliche Handlungen vollzieht. Wie eingangs erwähnt, setzt die Stadt die entsprechende nationale Verordnung sorgfältig und pflichtbewusst um.

3. *Hat die St.Galler Standortförderung bei der Ansiedlung dieser Firmen eine Rolle gespielt, allenfalls in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft?*

Die Standortförderung hatte in den Jahren 2005 bis 2010 in Zusammenarbeit mit der kantonalen Standortförderung Anfragen von russischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern betreut, um passende Wohnliegenschaften zu vermitteln. Seither begleitete die Standortförderung keine Firmen oder Privatpersonen aus Russland mehr. Vor dem Krieg gab es ausserdem keinen rechtlichen Grund, der eine Ansiedlung von Firmen oder Privatpersonen aus Russland in Frage gestellt hätte.

4. *Stehen die Aktivitäten der genannten Firmen und Individuen angesichts der aktuell dramatischen geopolitischen Lage unter verstärkter Beobachtung und bedienen die städtischen Behörden allenfalls auch das SECO mit relevanten Informationen?*

Die Mitarbeitenden des kantonalen und des kommunalen Steueramtes sind gesetzlich verpflichtet, dem SECO im Rahmen der Arbeitstätigkeit Verdachtsfälle oder die Kenntnis von Personen und Unternehmungen mit genannten Verbindungen zu melden. Die Sanktionsliste des SECO gemäss der Ukraine-Verordnung wird vom kantonalen Steueramt regelmässig geprüft. Auch das Grundbuchamt der Stadt St.Gallen ist mit in diese Prüfungsarbeit einbezogen, wenn eine sanktionierte Person oder Unternehmung Grundeigentum in der Stadt St.Gallen hat oder erwerben will. Die bisherigen Prüfungen ergaben,

dass keine der in der Sanktionsliste des SECO erwähnten Personen und Unternehmungen im Kanton St.Gallen steuerpflichtig sind.

*5. Bestehen Kontakte zu den entsprechenden Behörden in Inner- und Ausserrhoden?*

Nein, seitens der Stadt drängte sich im Zusammenhang mit dem Vollzug der Ukraine-Verordnung bisher ein Kontakt mit den Behörden von Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden nicht auf.

*6. Gibt es in den genannten Bereichen und bei den genannten Personen Pauschalsteuer-Abkommen?*

Pauschalsteuer-Abkommen sind gemäss Konkordat zwischen den Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft über den Ausschluss von Steuerabkommen (sGS 811.3) verboten. Jedoch können auf Bundes- und Kantonsebene natürliche Personen nach dem Aufwand besteuert werden. Umgangssprachlich wird in diesem Zusammenhang oft von «Pauschalbesteuerung» gesprochen. Die Besteuerung nach dem Aufwand ist ein gesetzlich geregeltes Verfahren gemäss Art. 26 ff. des kantonalen Steuergesetzes (sGS 811.1) mit definierter Berechnung und klar abzugrenzen von einem Abkommen.

Es gibt im Kanton und auch in der Stadt St.Gallen allgemein wenige Personen, die nach diesem Verfahren besteuert werden. Wegen des Steuergeheimnisses dürfen diesbezüglich keine weiteren Aussagen gemacht werden. Selbstverständlich gilt für diese Personen aber auch die Meldepflicht gemäss Sanktionsliste des SECO. Im Bereich der juristischen Personen ist die Besteuerung nach dem Aufwand gesetzlich nicht vorgesehen.

*7. Sind den städtischen Behörden weitere russische Firmen oder Einzelpersonen bzw. Firmen oder Personen mit allenfalls sanktionsrelevanten wirtschaftlichen Aktivitäten in und aus der Russischen Föderation bekannt?*

Nein. Allfällige Verdachtsfälle würden selbstverständlich direkt dem SECO gemeldet.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke